

SPANIEN

# Bewegung ohne Papiere



Anstehen für eine sicherere Zukunft: Rund 5000 nordafrikanische Migranten beantragten vergangene Woche bei der Ausländerbehörde in Almeria eine Aufenthaltserlaubnis. (Foto: EPA / J.M. Vidal)

**Ein neuer Untersuchungsbericht bestätigt: Ein halbes Jahr nach den rassistischen Pogromen in El Ejido hat sich die Situation der MigrantInnen in der südspanischen Gemeinde nicht verbessert. Doch die Madrider Konservativen wollen das Ausländerrecht noch verschärfen.**

Das Urteil fiel mehr als bescheiden aus: Die Plantagen seien eine "klimatisierte Hölle", die Arbeitskräfte alltäglichem Rassismus und unmenschlichen Arbeitsbedingungen ausgesetzt. "El Ejido, Land ohne Gesetz", resümiert der Bericht des Europäischen Bürgerforums Foro Cívic über die Arbeits- und Wohnbedingungen der MigrantInnen in der südspanischen Provinz Almeria. Seit der Report im November veröffentlicht wurde, ist die Empörung bei den lokalen Medien, Parteien und Gewerkschaften groß. Alle fühlen sich falsch verstanden.

Anlass des Berichts waren die rassistischen Ausschreitungen in El Ejido, bei denen im Februar zahlreiche MigrantInnen zum Teil schwer verletzt worden waren. Eine Delegation des Forums besuchte daraufhin im April vier Tage lang die Region und sprach mit Betroffenen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Lokalpolitikern. Rechtzeitig vor Weihnachten reagierten nun Politiker, Unternehmer und Gewerkschafter in einer gemeinsamen Pressekonferenz auf die Vorwürfe: Der Bericht entbehre jeglicher Grundlage und bringe nur die Gemeinde von El Ejido in Misskredit. Sie befürchten, dass es wegen des Berichts einen Boykott der Produkte geben könnte. Den an dem Schreiben beteiligten NGOs sollten daher umgehend alle Subventionen gestrichen werden, ereifert sich

ein Sprecher der konservativen Partido Popular (PP). Zudem hätten sich die Arbeitsbedingungen mittlerweile erheblich verbessert. "Nichts hat sich verändert", widerspricht Mohammed, der seit über zehn Jahren in El Ejido lebt. "Ganz im Gegenteil, alles ist noch viel schlimmer geworden." Von den Versprechungen, die ihnen nach dem Pogrom gemacht wurden, sei nichts eingehalten worden.

## Kein Streikrecht und schnellere Abschiebung

Den MigrantInnen war zugesagt worden, dass sie bald eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten würden. Denn wer sich vor dem 1. Juli 1999 in Spanien aufgehalten hatte, konnte nach dem damals gültigen Ausländergesetz seinen Status legalisieren. Trotzdem leben allein in Almeria immer noch rund 10 000 MigrantInnen ohne gültige Papiere. "Wir sind mit Booten über die Meeresenge von Gibraltar gekommen, haben unser Leben riskiert, mussten viel Geld dafür bezahlen und haben jahrelang hier gearbeitet." Nun, so fordert Mohammed, wolle man endlich Papiere. "Wir wollen arbeiten. Nicht mehr." Mit dem neuen Ausländergesetz, das die Regierung Ende November verabschiedet hat, haben sich die Bedingungen aber noch verschlechtert. Nur wer über eine gültige Aufenthaltserlaubnis verfügt, darf künftig die staatliche Gesundheitsver-

sorgung in Anspruch nehmen. Ebenso haben die Behörden das Recht auf Familienzusammenführung eingeschränkt. Und auch die Abschieberegelung wurde verschärft. Wesen Arbeits- oder Aufenthaltserlaubnis seit mehr als drei Monaten abgelaufen ist, kann jetzt innerhalb von 48 Stunden ausgewiesen werden. Bisher galt dieses Vergehen nur als Ordnungswidrigkeit. Zudem wird den Illegalen das Recht auf Streik und gewerkschaftliche Organisation verweigert. Obwohl die sozialdemokratische Partei (PSOE) das Gesetz im Senat blockieren will, wird sie dessen Verabschiedung nicht verhindern. Die PP verfügt über die absolute Mehrheit.

## "Sin papeles" in Almeria

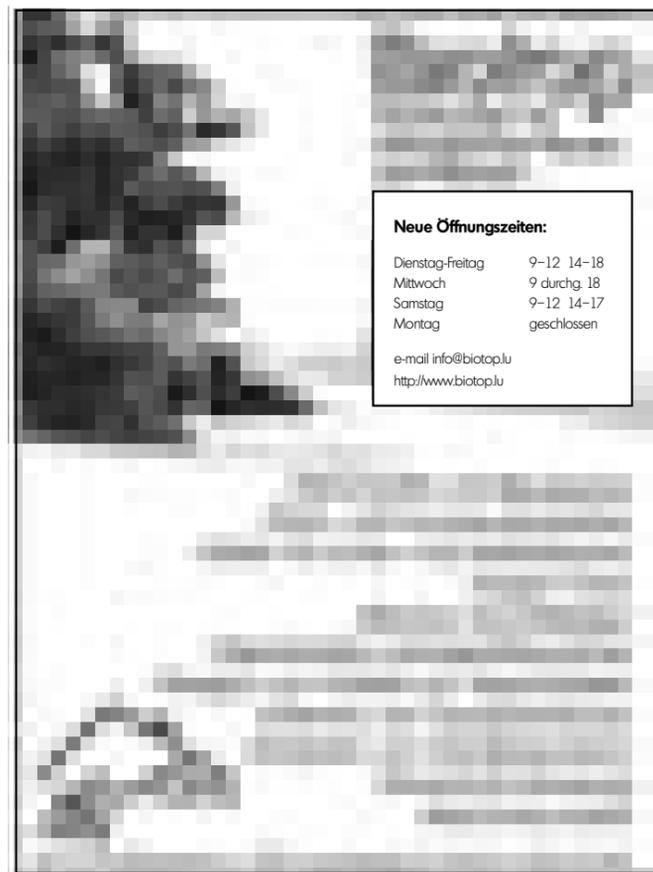
Aus Protest gegen die geplante Verschärfung und den ungeklärten Aufenthaltsstatus besetzten im September rund 500 Personen eine Kirche in Almeria. Über 70 MigrantInnen beteiligten sich an der Aktion, ein Teil von ihnen begann anschließend einen befristeten Hungerstreik. Auch Mohammed schloss sich den Besetzern an. "Nachdem wir drei Tage vor einem Regierungsgebäude schliefen und keine Beachtung fanden, sind wir in die Kirche gegangen. Auch dort verbrachten wir über eine Woche, bis die ersten Politiker und Gewerkschafter erschienen." Eine, die die Besetzung von Beginn an unterstützte, ist Maria. Sie

arbeitet in der im Februar gegründeten Initiative Leben ohne Rassismus. "Ich komme selbst aus El Ejido und musste damals auch vor den Angriffen fliehen. Wir haben im März den Streik mit den MigrantInnen organisiert und angefangen, mit den Bauern und den Politikern zu verhandeln. Damals handelte es sich noch um eine Reaktion auf die rassistischen Übergriffe. Die Kirchenbesetzung hingegen ist die erste große Mobilisierung der 'sin papeles' in Spa-

nien." Die Besetzer forderten, dass die im März zugesagten Vereinbarungen endlich eingelöst werden: Entschädigung für zerstörtes Eigentum, Legalisierung des Aufenthaltsstatus, Bereitstellung von Wohnraum und geregelte Arbeitszeiten. Nach langwierigen Verhandlungen erhielten die MigrantInnen vage Zusagen. Mohammed zeigt eine Liste mit über 400 Namen, stellt aber sogleich klar, dass sich bisher nicht viel ergeben hat. "Bisher wurden nur wenige Papiere ausgestellt." In den letzten Wochen hat sich Almeria zu einem Anlaufpunkt der "sin papeles" entwickelt. Aus ganz Spanien kommen Tausende von MigrantInnen und hoffen, dass sie in Almeria noch Papiere erhalten können - obwohl der Prozess der Legalisierung bereits seit Ende Juli abgeschlossen ist. Inzwischen ist sogar die Polizei aktiv geworden, mehrere Menschen wurden festgenommen. Dennoch schlafen weiterhin bis zu 2 000 Menschen auf der Straße. Viele der Angereisten besitzen ein Dokument der staatlichen Beratungsorganisation Almeria Acoge. Mit diesem Schreiben können sie eine Aufenthaltserlaubnis nach Artikel 31.2 des Ausländergesetzes beantragen. Dieser Paragraph erlaubt den Aufenthalt aus humanitären Gründen, jedoch nicht die Aufnahme einer Arbeit. Voraussetzung ist ein medizinisches Gutachten, das die Gesundheit des Antragstellers bestätigt. So ergibt sich die paradoxe Situation, dass sich derzeit Hunderte von MigrantInnen einer medizinischen Untersuchung unterziehen und dafür bis zu 100 Euro zahlen müssen. Die Ausländerbehörden haben jedoch schon klargemacht, dass sie dennoch keine Papiere erhalten werden.

Stefan Gerspach, Almeria

Stefan Gerspach ist freier Autor und arbeitete in El Ejido und Almeria zum Thema Rassismus.



**Neue Öffnungszeiten:**

Dienstag-Freitag	9-12 14-18
Mittwoch	9 durchg. 18
Samstag	9-12 14-17
Montag	geschlossen

e-mail info@biotop.la  
http://www.biotop.la